

NACHRICHTEN

Köhler verzögert Gesetz über Internetsperren

Das noch von der großen Koalition auf den Weg gebrachte Gesetz gegen Kinderpornografie im Internet kann vorläufig nicht in Kraft treten. Bundespräsident Horst Köhler habe die Bundesregierung um ergänzende Informationen zu dem Gesetz gebeten, sagte sein Sprecher Martin Kothe am Samstag. Köhler wolle erst nach der Auswertung der Reaktion entscheiden, ob er das Gesetz unterschreibe oder nicht. Die Verzögerung dürfte der heutigen Regierung nicht unangelegen kommen: In den Koalitionsverhandlungen hatten sich Union und FDP darauf verständigt, kriminelle Internetseiten vorzugsweise zu löschen und nicht zu sperren und die bereits vom Bundestag verabschiedete Reform zunächst nicht anzuwenden. Der Bundestag hatte das Gesetz Mitte Juni verabschiedet, in Kraft treten sollte es ursprünglich am 1. August. Die FDP hat aber Bedenken, ob die Regelung mit dem Grundgesetz vereinbar ist. rtr

Neue Doppelspitze für Thüringens Grüne

Thüringens Grüne haben eine neue Führung. Zu Landessprechern wurden am Wochenende die 26 Jahre alte Studentin Madeleine Henfling und der 20 Jahre ältere Richter Dieter Lauinger gewählt. Das bisherige Führungsduo, Astrid Rothe-Beinlich und Frank Augsten, war nach dem Einzug der Grünen in den Landtag nicht wieder angetreten. Beide haben ein Abgeordnetenmandat, Rothe-Beinlich ist auch Landtagsvizepräsidentin. Sie verzichtete nach Streit mit ihrem Erfurter Kreisverband, der sie trotz des Wiedereinzugs in den Landtag nach 15 Jahren nicht zum Parteitag delegiert hatte, auch auf eine zunächst geplante Kandidatur für den Vorstand. Die Grünen hätten jetzt die Chance, „Verantwortung auf mehr Schultern zu verteilen“, sagte sie. dpa

Wer streikt, wird erfasst

Für die neue Datenbank Elena werden brisante Informationen gesammelt

Von Joachim F. Tornau

In Deutschland wird künftig zentral erfasst, wer an einem Streik teilgenommen hat. Auch ob rechtmäßig oder wild gestreikt wurde oder Beschäftigte vom Arbeitgeber ausgesperrt wurden, steht vom 1. Januar 2010 an in einer bundesweiten Datenbank. Was Gewerkschafter und Datenschützer in Alarmstimmung versetzt, hört offiziell auf den Namen Elena – die Abkürzung für „Elektronischer Einkommensnachweis“. Vom kommenden Jahr an müssen aufgrund eines neuen Gesetzes Arbeitgeber sämtliche Entgeltangaben ihrer Beschäftigten digital an eine zentrale Speicherstelle der Deutschen Rentenversicherung übermitteln. Ab 2012 sollen damit Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Wohngeld und Elterngeld schnell und ohne aufwendigen Papierkram beantragt werden können.

Bürokratieabbau und Kostenersparnis heißen die Zauberworte. Was Elena im Detail enthält,

wurde dagegen bislang lieber nicht an die große Glocke gehängt – obwohl es schon seit September feststeht. Die Liste der Angaben, die Unternehmen über ihre Arbeitnehmer zu machen haben, ist mehr als 40 Seiten lang. Und darin wird nicht nur nach Namen, Geburtsdatum, Anschrift oder Bezügen gefragt, sondern in der Rubrik „Fehlzeiten“ auch nach einer Teilnahme an Streiks. Oder nach Abmahnungen und möglichem Fehlverhalten.

Arbeitgeber sollen keinen Zugriff auf die Daten haben, versichert die Arbeitsagentur

„Das ist ein absoluter Skandal“, findet Werner Filipowski, Vize-Vorsitzender des Verdi-Gewerk-

schaftsrats. „Ich bin schockiert, dass solche Daten zentral gelagert werden.“ Auch Peter Wedde, Direktor der Europäischen Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt und Experte für Arbeitnehmerdatenschutz, kritisiert die „ausufernde“ Vorratsdatenhaltung von Elena: „Gerade in diesen Zeiten des Datenmissbrauchs sollte der Staat seiner Vorbildfunktion gerecht werden und sparsam mit Daten umgehen.“ Diese Datenbank aber sei „weit übers Ziel hinausgeschossen“, sagte Wedde. Informationen über Streiks etwa hätten darin nichts verloren. „Wenn ich streike, nehme ich ein Grundrecht wahr.“

Und ebenso bedenklich sei es, dass Arbeitgeber über Abmahnungen und Kündigungsgründe Auskunft geben sollen – ohne dass

der Betroffene sich dazu äußern könne. Die Vorgaben für die Datensammlung sind von Sozialversicherungsträgern und Kommunen ausgehandelt und von Arbeits- und Wirtschaftsministerium in Berlin abgesegnet worden.

Bedenken versuchen die Beteiligten zu zerstreuen. Bei der Bundesagentur für Arbeit heißt es: Die detaillierte Schilderung von „vertragwidrigem Verhalten“, das zur Kündigung führte, brauche man für eine eventuelle Entscheidung über eine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld. Und nach Streiks, erklärt eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums, werde so genau gefragt, weil nur rechtmäßige Arbeitskämpfmaßnahmen als sozialversicherte Beschäftigungszeiten zählen würden. Außerdem seien alle Daten bei Elena bestens geschützt: Sie dürften nur abgerufen werden, wenn sie für Leistungsanträge benötigt werden – und zwar nur von den zuständigen Stellen und nur mit Zustimmung der Arbeitnehmer. „Arbeitgeber“, so die Sprecherin, „kommen an diese Daten nicht heran.“



Hat er rechtmäßig gestreikt? Oder gar wild? All diese Informationen umfasst der Elektronische Einkommensnachweis (Elena).

DDP

Neuer Partner, alte Gespenster

Brandenburgs rot-rote Regierung stolpert schon kurz nach ihrem Start über Stasi-Geschichten

Von Bernhard Honnigfort

Das hatte sich Brandenburgs Ministerpräsident ganz anders vorgestellt. Als Matthias Platzeck und seine SPD am 27. September die Landtagswahl gewonnen hatten, ließ der 55-jährige Regierungschef anschließend den alten Koalitionspartner CDU fallen und ersetzte ihn durch die Linkspartei. Die Begründung lautete: Mit der dauererstrittenen CDU war kein stabiles Bündnis möglich. Außerdem wollte Platzeck „Versöhnung“ mit den früheren SED-Leuten. Er wolle keinen Schlussstrich, aber es sei die Zeit dafür, die Linke in die Verantwortung zu nehmen. Die Linke versprach im Gegenzug Aufarbeitung und verzichtete auf Ministerposten für Stasi-Verstrickte.

Alles leichter gesagt, als getan. Mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte tut sich die Linke gera-

de schwer, die rot-rote Koalition steckt in echten Schwierigkeiten. Zwei Monate ist die Wahl her. Seitdem wurden zwei neue Stasi-Vorwürfe bekannt. Aktuell betrifft es die Landtagsvizepräsidentin Gerlinde Stobrawa. Die 59-Jährige, die dem Potsdamer Landtag seit 1990 angehört, soll laut Birthler-Behörde ab 1987 als Inoffizielle Mitarbeiterin „Marisa“ erfasst gewesen sein. Eine Verpflichtungserklärung von ihr wurde nicht gefunden. Die Abgeordnete bestreitet, Berichte für die Stasi geschrieben zu haben, lässt ihr Amt aber vorerst ruhen.

In einer Opferakte seien aber drei Berichte der Quelle „Marisa“ gefunden worden, in denen sie unter anderem über SED-Mitglieder informiert haben soll. Einer soll laut Spiegel Online einen Parteisekretär einen „Arsch“ und einen Parteiorganisator ein „dummes Schwein“ genannt haben.

„Marisa“ habe das berichtet. Der andere Fall ist der Links-Abgeordnete Gerd-Rüdiger Hoffmann. Er soll als 17-Jähriger zwischen 1970 und 1975 unter dem Decknamen IM „Schwalbe“ Mitschüler und später Kameraden bei den DDR-Grenztruppen ausspioniert haben. „Ich kann nicht leugnen, dass ich für das MfS tätig war“, wird Hoffmann zitiert.

Abgeordneten-Anwalt nennt die Linke einen „Club von Heuchlern und Wendehälsen“

Hoffmann hatte das bislang bestritten und damit gegen einen Beschluss der Linkspartei aus dem Jahr 1991 verstoßen, wonach Mandatsträger der Linken verpflichtet sind, vor Amtsantritt eine Stasi-Zusammenarbeit offenzulegen. Die Brandenburger Linke und die Potsdamer Links-Frak-

tion haben Hoffmann deshalb jetzt aufgefordert, sein Mandat niederzulegen. Doch der will nicht. Sein Anwalt Peter-Michael Diestel, einst letzter DDR-Innenminister und Ex-CDU-Fraktionschef im Landtag, kündigte an, er werde die Linke „als Club von Heuchlern und Wendehälsen“ vor sich hertreiben. „Stasi jagt Stasi – das ist ein Witz.“ Sollte Hoffmann sein direkt gewonnenes Mandat tatsächlich zurückgeben, dann müssten vorher Fraktionschefin Kerstin Kaiser und der Bundestagsabgeordnete und Parteichef Thomas Nord ihre Mandate niederlegen. Beide – und es gibt noch weitere ähnliche Fälle – waren auch Stasi-Mitarbeiter, doch von ihnen ist das seit Jahren bekannt. Kaiser und Nord haben nie ein Geheimnis darum gemacht.

Brandenburgs Opposition freut sich über den Stolperstart der neuen Regierung. „Ein großer

Schaden für Brandenburg“, sagte die am Samstag in Potsdam auf einem Parteitag mit 82 Prozent wiedergewählte CDU-Vorsitzende Johanna Wanka. Für sie ist der Ministerpräsident schuld: „Jeder neue Fall ist ein Fall Platzeck.“ Brandenburg werde bundesweit als „Stasi-Land“ wahrgenommen, sagte die frühere Wissenschaftsministerin. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe bezeichnete die rot-rote Regierung als Schande. Fünf ehemalige IM saßen im Landtag. Die „Firma“ habe damit Fraktionsstärke.

Der Regierungschef versucht, kühl zu bleiben. Er begrüße es, wenn bald wie vereinbart alle Brandenburger Abgeordneten, Minister und Staatssekretäre auf eine Stasi-Mitarbeit überprüft werden, sagte Platzeck. Die FDP, seit September im Potsdamer Parlament, spricht schon von einer „Regierung von Stasis Gnaden“.